

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

68 (3.9.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

2. Jahr Nr. 68 / 20 Pfg.

F B S

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Mittwoch, 3. September 1947

Kommunistischer Wahlsieg in Ungarn

Budapest. Am Sonntag abend wurden die ersten Listen über die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen veröffentlicht. Darnach hat die Kommunistische Partei mit 22 Prozent der abgegebenen Stimmen eine große Mehrheit erhalten. Im einzelnen liegt folgendes Ergebnis vor: Kommunistische Partei Ungarns 22 Prozent (1 082 597 Stimmen), Partei der Kleinen Landwirte 15 Prozent, Sozialdemokratische Partei 14,5 Prozent, Nationale Bauernpartei 8,5 Prozent, Demokratische Volkspartei 17 Prozent, Partei Pfeiffer 14 Prozent, Unabhängige Ungarische Demokratische Partei 5 Prozent, Splitterparteien zusammen 4 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Ruhiger Verlauf

London. Wie Reuter meldet, ist die Wahl ruhig und geordnet verlaufen. Der Korrespondent der Agentur hatte nach seiner eigenen Angabe Zutritt zu jedem gewünschten Wahllokal.

KP ruft zur demokratischen Aktion

Tagung der Landesdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz mit Delegierten aus der Südzone

Mainz. (Eigener Bericht). 167 Delegierte der Kommunistischen Partei vom Rheinland-Pfalz und der südfranzösischen Zone fanden sich zusammen, um zur politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung zu nehmen und in gemeinsamer Arbeit die nächsten wichtigsten Aufgaben der Partei zu bestimmen. Außer den Delegierten aus der südfranzösischen Zone waren Gäste aus dem Saargebiet, von der Zonenleitung des amerikanischen Gebietes anwesend.

Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende des Verbindungssekretariats, Gen. Otto Niebergall. Der Redner gab einen Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage in der Zone und stellte fest, daß die reaktionären Kräfte heute wieder mehr denn je ihr altes volksfeindliches Spiel treiben und als „Demokraten“ und „Europäer“ getarnt, den deutschen Wiederaufbau sabotieren. Sie tun alles, um Klüfte im werktätigen Volk zu schaffen, sie versuchen, die Städter gegen die Bauern zu verhetzen, die Spaltung der Gewerkschaften herbeizuführen und die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern. Die Machthaber von gestern wollen wieder die Machthaber von heute sein. Sie sitzen in allen Schlüsselpositionen der Wirtschaft und Verwaltung und arbeiten als Fabrikdirektoren, hohe Beamte und Grund- und Gutsbesitzer Hand in Hand. Die Reaktion setzt alles daran, aus der Demokratie ein Zerrbild zu machen, um sie in den Westzonen zu diskreditieren. Um ihre Ziele zu erreichen, sind ihr alle Wege recht, — vom Chauvinismus zum Partikularismus und bis zum wildsten Separatismus.

Gen. Niebergall brachte ausführliches Material über die separatistische und volksfeindliche Tätigkeit der einzelnen mit Namen genannten reaktionären Personen in der französischen Zone zur Kenntnis der Delegierten. Gegen diese Hauptschuldigen an der Not unseres Volkes, welche die Helfershelfer Hitlers und Kriegsverdiener von gestern waren, und die demokratisch getarnten Friedensgewinnler von heute sein wollen, muß das ganze werktätige Volk in breiter mitreisender Aktion vorgehen, um die Ueberführung der Betriebe und Güter der Feinde des Volkes in die Hand der werktätigen durchzusetzen. Die Schaffung der sozialistischen Einheit, der Kampf um die Einheit Deutschlands, — das ist Wesen und Ziel der demokratischen Aktion gegen Faschisten und Reaktion.

Die ernste und ausführliche Diskussion der Delegierten stand auf einem hohen politischen Niveau. Betriebsräte, Gewerkschafter und leitende Genossen aus der Verwaltung zeigten

OMGUS-Befehl zur Papierverteilung

Berlin. (NZ). Gegen den Versuch katholischer Verleger, sich Sonderkontingente von Papier auf dem Wege des Export-Importverfahrens zu beschaffen, befahl der Leiter der Nachrichtenkontrollabteilung der US-Militärregierung erneut das Verbot für den Export von Zeitungs- und Buchpapier aus der US-Zone. Katholische Verleger hätten sich, so erklärte er, bemüht, einen Dollarkredit, den der Papst der deutschen Kirche zur Verfügung gestellt hatte, zum Papiereinkauf für ihre Publikationen zu verrechnen. Ohne das Eingreifen von oberen Instanzen der Militärregierung wäre z. B. in der letzten Zeit ein Export-Importvertrag für 400 Tonnen Papier in Fabriken in Augsburg und Dachau abgeschlossen worden!

Abschluß der Dreierkonferenz

Neuer Industrieplan der Bizone — Bedingte Zustimmung Frankreichs

London. Das Schluß-Communiqué der Dreiermächtebesprechungen (USA, England und Frankreich) über das Industrieniveau in der Bizone und über die Kontrolle der Ruhrbergwerke, stellt eine umfassende Annäherung der von den Delegationen vertretenen Auffassungen fest, und betont, daß die durchzuführenden Maßnahmen in der Bizone dem deutschen Wiederaufbau keinen Vorrang vor demjenigen der anderen europäischen Länder einräumen würden. Sie sollten lediglich dazu dienen, die Wirtschaft der Bizone lebensfähig zu gestalten und die deutschen Hilfsquellen dem allgemeinen Wiederaufbau Europas zu erschließen. Die französischen Vorbehalte zu dem britisch-amerikanischen Industrieplan beziehen sich insbesondere auf die Betriebsanlagen der chemischen Grundstoffindustrie und auf die für bestimmte andere Industrien beibehaltene Produktionskapazität. Volle Uebereinstimmung fand die Tatsache, daß die von den USA und England getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen in der Bizone die vom Außenministerrat zu treffenden Entscheidungen über das gesamte deutsche Industrieniveau nicht beeinträchtigen würden. Frankreich legt besonderen Wert darauf, in einem konkreten Abkommen über die Verteilung von Ruhr-

kohle und Koks Garantien gegenüber dem fortschreitenden deutschen Wiederaufbau zu erhalten. Die amerikanischen und englischen Delegationen stimmten dem französischen Vorschlag über ein derartiges Abkommen zu, unter der Voraussetzung, daß daraus keine Verringerung des Verbrauchs an Kohle und Koks in der anglo-amerikanischen Zone herbeigeführt wird. Die Diskussion der französischen Vorschläge soll in nächster Zeit in Berlin stattfinden.

Industriekapazität 90 Prozent des Vorkriegsstandes

Der im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin von dem britischen und amerikanischen Oberbefehlshaber in Deutschland bekannt gegebene neue Industrieplan für die Bizone, der auf der Londoner Dreierkonferenz behandelt wurde, enthält für die einzelnen Wirtschaftszweige folgende Bestimmungen, welche gegenüber dem Märzplan 1946 starke Erhöhungen aufweisen.

Stahl: Die neue Kapazität ist auf 10,7 Millionen festgesetzt. **Schwerer Maschinenbau:** Der Produktionswert soll künftig 500 Millionen Mark betragen, was zirka 80 Prozent des Vorkriegsstandes entspricht. An Reparationen werden aus diesem Industriezweig nur 35 statt bisher 60 Prozent entnommen. **Leichtmaschinenbau:** 916 Millionen Erzeugungswert, gleich 119 Prozent des Vorkriegsstandes; der Reparationsanteil beträgt 23 Prozent gegenüber früher 33 Prozent. **Feinmechanik und Optik:** Der Export soll auf 150 Prozent des Vorkriegsstandes gesteigert werden. Reparationen kommen nicht in Frage. **Werkzeugmaschinen:** Von einem zugestandenem Produktionswert von 239 Millionen Mark gehen 35 Prozent auf Reparationen. Der Plan vom März 1946 sah eine Gesamtkapazität von 74 Millionen Mark vor. **Fahrzeugindustrie:** Hier ist eine Produktion von 160 000 Personenwagen gegenüber früher 140 000 Wagen, und 61 500 Nutzfahrzeuge gegenüber 38 000 im früheren Plan vorgesehen. **Elektrische Industrie:** Sie wird ihre gegenwärtige Kapazität von rund 150 Prozent des Vorkriegsstandes beibehalten. **Chemische Industrie:** Maßgebend wird für diesen Industriezweig der Umfang von 1936 sein, was einer Erhöhung gegenüber dem früheren Plan um 42 Prozent entspricht. Im Rahmen der chemischen Gesamtindustrie wird die pharmazeutische Industrie 87 Prozent des Vorkriegsstandes behalten.

Die bisher bestehenden Produktionsverbote für Aluminium und andere Metalle werden erneut überprüft. Die Kapazität der Kupferverarbeitung soll 215 000 t jährlich betragen, das sind 53 Prozent mehr als im alten Plan. General Clay erklärte, daß der neue Industrieplan nur dann durchgeführt werden könne, wenn die Kohlenförderung etwa 400 000 t zu erreichen wird. Dies entspricht der täglichen Förderleistung des Jahres 1938. Der neue Industrieplan sieht wesentliche Erhöhungen in der Produktionsleistung der einzelnen Industrien vor und unterscheidet sich von dem im März 1946 entworfenen Plan besonders dadurch, daß die zugestandenen Kapazitäten in der metallurgischen, chemischen und in der Maschinenindustrie rund 90 bis 95 Prozent des Produktionsniveaus von 1936 betragen. Verglichen am Stande des Jahres 1944 liegt der neue Industrieplan auf der Höhe von 55 bis 60 Prozent des Kriegsstandes.

„Es lebe die Freiheit!“

München. Die Süddeutsche Zeitung bringt folgenden Eigenbericht: „Am 24. August hat Herr Franz Karg von Bebenburg, Schwiegersohn von Mathilde Ludendorff, zu einer „Erinnerungsfeier“ der Schlacht bei Tannenberg nach München eingeladen. Am Grabe Ludendorffs wurden Kränze niedergelegt. Frau Ludendorff hielt die „Gedächtnisrede“. Die Einladungen, die Bebenburg zu dieser „Feier“ aus seinem Wohnsitz in Pähl bei Weinheim versandte, tragen neben seinem Namen die Unterschrift: „Es lebe die Freiheit!“ Dazu macht die SZ die Aufforderung an das Sonderministerium, solchen nazistischen Zeremonien „auch einige Aufmerksamkeit zu schenken“. Wir glauben, daß das allerwenigste ist, was man von einer Behörde im Wiederaufbau unseres öffentlichen Lebens erwarten darf!

Sabotage in der Ostzone

Die Frankfurter Rundschau meldet: In Westsachsen gelang es der Kriminalpolizei, zwei Saboteure und Brandstifter, die insgesamt fünf Brände gelegt haben, zu verhaften. Die Festgenommenen, Bretschneider und der ehem. SS-Mann Wirth, hatten es vor allen Dingen auf Werksgebäude und Scheunen abgesehen. Beide gehörten einer konspirativ arbeitenden Gruppe an, die sich außer mit Brandstiftungen auch mit faschistischer Propaganda wie Verbreitung von Flugzetteln, Malen von Parolen, Ausstreunung von Gerüchten befaßte und Mitgliedern

und Mitwissern Fememord androhte. Bei Reisen in die Westzonen wurde von der Gruppe Schmuggel mit Zigaretten und anderen Waren getrieben. Nach Auffinden von schriftlichen Unterlagen über durchgeführte Brandstiftungen und anderem Beweismaterial wurden die Verhafteten überführt und zum Geständnis veranlaßt. Bretschneider war durch Mißhandlungen von Wirth gefügig gemacht worden.

Gegen Schändung jüdischer Gräber

Düsseldorf. In einem von sämtlichen Ministern Nordrhein-Westfalens unterschriebenen Aufruf, der in Form von Plakaten überall im Lande Nordrhein-Westfalens veröffentlicht werden soll, bringt das Kabinett von NRW seine Empörung über die „in verschiedenen Städten von niederträchtigen und törichten Elementen verübte Schändung jüdischer Gräber“ zum Ausdruck. Das Kabinett, das scharfe Maßnahmen zur Bestrafung der Schuldigen treffen will, fordert die Öffentlichkeit auf, bei der Ermittlung der Täter und der Verhinderung weiterer derartiger Vorkommnisse mitzuwirken. Der Antisemitismus habe unendliche Schande auf den deutschen Namen gehäuft und furchtbares Elend über Millionen unschuldiger Menschen gebracht. Es müsse alles geschehen, um auch seine letzten Wurzeln zu beseitigen, damit Deutschland endgültig wieder seinen Platz in der Gesellschaft zivilisierter Völker erlange.

Am 1. September 1939

begann Hitler im Auftrage der Konzernherren und Junker den zweiten Weltkrieg.

Das, was er über die in Frieden lebenden Völker Europas brachte: Zerstörung und Elend, Blut und Tränen, traf schließlich auch das eigene Volk. Nun aber gelte das Wort:

„Wir werden und wollen ein solches Grauen nie wieder erleben.“

Gerhart Hauptmann

Reaktion und Fortschritt

Dr. K. Eine wahrhaft babylonische Begriffsverwirrung — Ergebnis jahrzehntelanger Verfälschung und Vermischung, die von interessierten Kreisen schon vor der Nazi-Aera betrieben wurden — erschwert unserm Volk das Verstehen politischer Dinge, die sich heute hart in seinem Raume stoßen. Sie verwehrt ihm auch die für einen Gefühls- und Gesinnungswandel unerlässlichen Erkenntnisse und droht eine Entwicklung zu verhindern, die für die Zukunft Deutschlands und der ganzen Welt wünschenswert wäre.

So sind die Begriffe fortschrittlich und reaktionär nur einem geringen Teil unseres Volkes völlig klar und bezeichnen doch ganz eindeutig Geisteshaltungen, die von ihren bewußten Verfechtern zu bestimmender politischer Wirkung gebracht werden. Als fortschrittlich ist eine Einstellung zu bezeichnen, die das Zusammenleben der Menschen auf Grund der dem Wandel unterworfenen Gegebenheiten neu einzurichten bestrebt ist. Es gibt dabei keinen Lebensbezirk, der nicht der Erneuerung unterläge, da der Mensch in all seinem Fühlen und Tun und Leiden abhängig ist von den in seiner Zeit wirksamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften.

Als reaktionär muß das Bestreben angesehen werden, mit allen Mitteln eine Ordnung aufrecht zu erhalten oder wiederherzustellen, die durch die Zeit überholt, durch die Erkenntnisse Klar denkender überwunden und durch den Wandel aller Dinge überlebt ist.

Zu allen Zeiten hat es das Erneuerungsbestreben neben den Beharrungstendenzen gegeben und immer fand man den Fortschrittswillen bei den durch die Entwicklung einer sozialen und ökonomischen Ordnung in Abhängigkeit gerateten.

Ab 5. Oktober wieder Normalzeit

Berlin (Denak). Der Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrates setzte in seiner 135. Sitzung die Wiedereinführung der Normalzeit auf den 5. Oktober, 3 Uhr, fest. Zu diesem Zeitpunkt werden die Uhren um eine Stunde zurückgestellt.

So dienen die Massen der Ausgebeuteten der Fortentwicklung der Menschheit, da sie mit den Zuständen ihrer Zeit notwendigerweise unzufrieden sein müssen. Rückschrittlichkeit aber findet man bei den Nutznießern der Verhältnisse, deren Aenderung sie nicht wünschen können. Da diese als Inhaber der wirtschaftlichen Macht die tatsächlich Bestimmenden sind, ist nur verständlich, daß aller Gestaltswandel der Welt, selbst dann, wenn schlimmste Erfahrungen ihn laut fordern lassen, sich nur langsam und von ewigem Rückschlag bedroht durchzusetzen vermag.

Wenn wir von unserer heutigen deutschen Situation aus die Dinge betrachten, so könnte man der Meinung sein, daß eine Gesellschaftsordnung und die sie stützenden und beschwörenden Subjekte durch Millionen Toter und Verelendeter auf den militärischen und den wirtschaftlichen Schlachtfeldern genügend korruptiert erscheinen müßten, daß ihre Ablösung von der überwältigenden Mehrheit des Volkes gebieterisch gefordert werde. Selbst dann, wenn man nach dem Gesetz der Schwerkraft, die auch im Geistigen zu wirken scheint, ein Ausschwingen in der Richtung der verhängnisvollen Fahrt in Rechnung stellt, könnte man heute bereits die Erkenntnis des Uebels als allgemeine erwarten.

Bei uns ist man jedoch noch weit davon entfernt. Die Kräfte der Reaktion sind wieder tätig und geben dem alten Karren neuen Antrieb. Sie, die es verstehen, sich von ihrem Ziehkind Faschismus zu distanzieren, treiben von neuem das alte Spiel, das nur ihren Interessen dient, dem deutschen Volk aber, das gerade durch den totalen Zusammenbruch an einen neuen Wendepunkt gedrängt wurde, wiederum zum Verhängnis werden kann.

Wo sind diese Rückschrittler aber und wovon wären sie zu erkennen? Sie sind überall, muß als Antwort gegeben werden, und wir stehen nicht an, zu sagen, daß sie keineswegs jenseits der Elbe ausgestorben sind. Erfreulich und hoffnungserweckend bleibt nur die Tatsache, daß sie dort ihre Wirkungsmöglichkeiten weitgehend eingebüßt haben. Deshalb der verzweifelte Versuch, den Schnitt durch unser Vaterland zu verewigen, um unterstützt von ihrer Internationale auf begrenztem Raum ihre alte Welt wieder erstehen zu lassen. Erkenntlich seien sie an jeder Äußerung und jeder Handlung, die dieser Entwicklung Vorschub leistet, auch dann, wenn sie unbewußt aus Dummheit oder in Verwirrung getan wird, denn heute gilt das Wirken eines jeden, dem — entgegen allem Schein — besondere Bedeutung zukommt.

Wo sind die Vertreter menschlichen Fortschritts aber und wie sind sie zu erkennen? Sie sind überall und wir sehen sie auch dort, wo nur unsere Gegner vermutet werden. Wir wissen, daß sie fortschrittlichen Geistes sind und dort vor-

erst noch von Vorurteilen festgehalten werden. Wir wägen ihr Tun und ihr Streben danach, inwieweit sie auch im fremden Lager einer wünschenswerten Entwicklung dienstbar sind. Man erkennt sie an einer frischen und gesunden Haltung gegenüber allen Fragen unseres Lebens und einer kritischen Einstellung gegenüber einer mehr als fragwürdig gewordenen Ordnung.

Vor allem aber ist uns Deutschen die Möglichkeit geboten, das Ringen der fortschrittlichen Kräfte mit denen der Reaktion im großen politischen Welttheater zu beobachten. Wir fühlen die Wirksamkeit der Entscheidungen auf dieser Bühne auch auf uns und verfolgen mit Interesse und Spannung das Geschehen. Wir erkennen, daß die Reaktion ihre letzte Anstrengung in den Gebieten der Welt macht, wo ihre Rolle ausgespielt ist, weil die Massen durch die Eröffnung einer neuen Ordnung erkannt haben, welchen Weg ihre gerechten Wünsche nach Frieden und Menschlichkeit vorschreiben. Wir erkennen auch, daß die fortschrittlichen Kräfte in den Bereichen, die noch von der alten Ordnung beherrscht werden, maßgeblichen Einfluß gewonnen haben. Ihren erschlossenen Wirkungsmöglichkeiten war es zu verdanken, daß der faschistische Barbare in der Zusammenfassung aller Kräfte ein Ende gemacht wurde. Sie sind es, die uns einen hoffnungsfrohen Blick auch dann ermöglichen, wenn wir ihn nach Westen richten.

Zum Brief der Provokateure

In der Angelegenheit des in unserer Nr. 66 bekannt gemachten Versuches bisher unbekannter Provokateure aus der chemischen Fabrik Merck in Darmstadt, der kommunistischen Partei Stadt- und Landkreis Freiburg i. Br. eine Bestellung von Sprengstoffmitteln zu unterschieben, hat die Landesleitung der Kommunistischen Partei Land Baden am 30. August folgendes Telegramm aus Frankfurt a. Main erhalten: „Haben Eure Veröffentlichung UNSER TAG vom 27. 8. 47 zur Veranlassung genommen, beim Polizeipräsident Darmstadt sofortige Beschlagnahme aller Unterlagen sowie die Verhaftung der Verantwortlichen zu verlangen. Der Landesvorstand KPD Hessen gez. Oskar Müller.“

Weitere Meldungen folgen nach Eingang.

Pressestimmen zur Dreierkonferenz

Der sowjetische Rundfunk brachte einen Kommentar über den englisch-amerikanischen Entschluß, die Stahlproduktion in den westdeutschen Besatzungszonen zu erhöhen, in dem es heißt: „Auf der Konferenz verfolgten die Amerikaner und Engländer einen gut vorbereiteten bestimmten Plan und Frankreich wurde nicht gestattet, dazu seine Meinung zu sagen.“

„L'Humanité“ schreibt: „Nachdem auf der Londoner Konferenz die Bevorzugung des deutschen Wiederaufbaues ausgesprochen wurde, und während der Papst und Präsident Truman die Achse Rom-Washington begründen, erkennen wir, daß diese Achse durch das Ruhrgebiet geht, das auf dem besten Wege ist, die Waffenkammer jener „Freunde Gottes“ zu werden.“

Das liberale Londoner Blatt „News Chronicle“ erklärt: „Wir stehen im Begriff, einem großen Teil Deutschlands ein beinahe ebensogroßes Industriegebiet einzuräumen, wie es ehemals die Errichtung einer großen Militärmacht gestattete. Das ist notwendig, aber diese Entscheidung zu fällen, ohne gleichzeitig der Welt neue Zusicherungen für eine wirksame Kontrolle zu geben, wäre der schwerste Irrtum. Großbritannien, das den Wert der französischen Forderungen besser kennen sollte, hat unbedingt seinen Teil Verantwortung.“

Die schärfste Kritik übt aber die kommunistische Zeitung „Daily Worker“. Sie stellt fest, daß die anglo-amerikanische Entscheidung die Durchführung der zweiten Phase des amerikanischen Projektes darstellt, durch das Westdeutschland wieder zur Hauptbasis der reaktionären Macht in Europa werden soll, wie es dies schon vor dem ersten Weltkrieg gewesen ist.

„New York Times“ billigt die Erklärungen General Clays und des Luftmarschalls Sholto Douglas, die besagen, daß die Grundlage der deutschen Produktion im vergangenen Jahr den wirklichen Umständen nicht Rechnung getragen habe und schreibt dazu: Wir müssen Deutschland als einen Teil Europas und nicht nur als eine Art Konzentrationslager betrachten.“

Die „Times“ ist der Ansicht, daß keiner der Konferenzteilnehmer mit dem Ergebnis voll zufrieden sein kann und schreibt: „Die vorhergehenden Konferenzen haben gezeigt, und die im November bevorstehende Konferenz wird es bestätigen können, daß eine Regelung für Deutschland nicht eher gefunden werden kann, bis ein Modus vivendi zwischen Washington und Moskau gefunden worden ist.“

Zu den Folgen des neuen Planes erklärt die „Berliner Zeitung“: „Alle Trennungsmomente, unter denen wir gegenwärtig schon so schwer leiden, werden sich im Verfolg der Durchführung des Bizonen-Planes erheblich verschärfen.“

Das Echo der neuen Entnazifizierungs-politik in der Ostzone

Unter dem Titel „Wendung der russischen Denazifizierungspolitik“ schreibt der hesische „Kurier“, das Organ der Demokraten-Partei:

„Angesichts der außerordentlichen weitgehenden Verstrickung der Bevölkerung der Westzonen in die Denazifizierung darf man die Wirkung dieser Wendung der sowjetischen Denazifizierungspolitik keinesfalls unterschätzen, insbesondere wenn sie noch dazu unter Berufung auf „entsprechende Bestimmungen der Außenminister in Moskau“ erfolgt.“

Die westlichen Demokratien haben es allerdings in der Hand durch eine staatspolitisch kluge Beschränkung der Denazifizierung in ihren Zonen auf die verbrecherischen Elemente des braunen Sozialismus der gefährlichen Wirkung dieser neuen sowjetischen Propagandamaßnahmen zu begegnen.“

Griechische Einparteienregierung

Athen. Nachdem es dem bisherigen Regierungschef Maximos nach einer einstündigen Sitzung mit 7 führenden griechischen Politikern nicht gelang, eine Mehrparteienregierung zu bilden, hat der frühere Außenminister Tsaldaris ein Einparteienkabinett der griechischen Volkspartei gegründet.

Nach dem Urteil der Presse wird diese Regierung nur kurze Zeit bestehen bleiben. Sie wird von allen Zeitungen der Rechten, des Zentrums und der Linken offen kritisiert. Alle politischen Führer, die der Regierungsbildung nicht angehören, lehnen sie schärfstens ab und werden im Lauf der Woche versuchen, sie zu stürzen, um eine weite Koalitionsregierung zu bilden, die nach Ansicht der Zeitungen allein imstande ist, die Lage zu meistern. Der Sondergesandte der USA, Loy Henderson, wird dabei eine bedeutende Rolle spielen.

London. Die griechischen demokratischen Streitkräfte haben nach einer Meldung von Radio Belgrad eine Generaloffensive gegen die Regierungstruppen in Tessalien, Mazedonien und im Epirus begonnen.

Landsknechte für Griechenland

Chemnitz. Zur Anwerbung Jugendlicher aus der Ostzone für in den Westzonen aufzustellende militärische Formationen für Griechenland ist in einer Betriebsgruppenversammlung der Konsumgenossenschaft eine Entschließung angenommen worden, in der er heißt, daß Teile der durch das Hitlerregime der gesellschaftlichen Arbeit entzogenen Jugendlichen in die westliche Zone wechseln und sich dort in Wehrformationen anwerben lassen, die einzig und allein im Dienste des Monopolkapitals stehen, um die Demokratisierung im eigenen oder in anderen Ländern zu hintertreiben. Von den Verwaltungsorganen fordern wir, daß die jungen Menschen wie auch deren Erziehungsberechtigte darauf hingewiesen werden, daß die männliche Bevölkerung aus der sowjetischen Besatzungszone, die sich zu militärischen Dienstleistungen und so zur Unterdrückung anderer friedlicher und um ihre Freiheit

kämpfenden Völker mißbrauchen lassen, bestraft und ihnen die Staatsangehörigkeit abgesprochen werden wird. Landsknechtsformationen wie „Baltikum“ und die „Legion Condor“ dürften sich nicht wiederholen.

6 Millionen polnische Tote im zweiten Weltkrieg

Berlin (Süden). 6.028.000 Tote büßte Polen während des zweiten Weltkrieges ein, heißt es in dem anlässlich des achten Jahrestages des deutschen Angriffes auf Polen von der polnischen Militärmission in Berlin veröffentlichten Bericht. Von diesen sind 5.384.000 in Konzentrationslagern, Gefängnissen, Gaskammern und Krematorien ums Leben gekommen, während über eine halbe Million durch direkte Kriegseinwirkungen getötet wurde. Polen steht mit seinem Materialverlust an dritter Stelle hinter der Sowjetunion und Frankreich.

Besatzungskosten in Südbaden

Die zu Beginn der Besatzungszeit geübte Praxis, die Besatzungskosten durch Ausgabe von sogenanntem Besatzungsgeld zu finanzieren, konnte nur eine anfängliche Notlösung sein. Mit zunehmender Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes unter der Direktive der Militärregierung mußte dies eine verdrückliche inflatorische Wirkung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau haben. Die Besatzungsmark wirkte sich nicht nur auf die reguläre Preisbildung aus, sondern verschwand auch in den dunklen Kanälen des schwarzen Marktes. Teile der Bevölkerung gingen sogar dazu über, Besatzungsmark zu horten, in der Annahme, damit eine Art Valuta in der Hand zu haben. Mangelnde Einblicke in die wirtschaftlichen Vorgänge verführten zu der Meinung, im Falle einer Währungsreform blieben diese Besatzungsscheine „vollwertig“.

Die Besatzungsbehörde hat diesem Durcheinander dadurch bald tatkräftig entgegengewirkt, daß sie — wie wir schon berichteten — große Mengen des Besatzungsgeldes einzog, sodaß am 31. Mai 1947 nur noch 255 Millionen gegen 761 Millionen Mark im Januar 1946 in Umlauf waren.

Die Besatzungskosten wurden in die Haushaltspläne der Länder aufgenommen, wobei die Militärregierung auf dauernde Minderung dieser Belastungen hinwirkte. Im Rechnungsjahr 1946/48 sind somit in der Gesamtzone noch 400 Millionen Mark aufzubringen, was gegenüber dem Vorjahr einer nahezu 50prozentigen Senkung entspricht. Die Umlage auf die einzelnen Länder errechnet sich nach der Bevölkerungszahl und Steuerertrag. Nach den anfänglichen Steuererschätzungen hätte Baden 27,1 Prozent der Gesamtkosten aufzubringen gehabt. Die Steuererschätzung erwies sich indes als zu hoch, sodaß der tatsächliche Anteil Südbadens nur noch 25,9 Prozent oder 103,6 Millionen Mark beträgt. Auf die Einwohnerzahl umgerechnet ergibt das jährlich 100 Mark pro Kopf der Bevölkerung.

Wirtschaftsminister bei der Militärregierung

Baden-Baden. Der Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der Militärregierung, Monsieur Filippi, hatte die Wirtschaftsminister der Länder Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg zu einer Besprechung einberufen. Im Verlauf der Sitzung wurden die im Augenblick wesentlichsten Wirtschaftsprobleme behandelt.

Innerwirtschaftliche Fragen:

Es wurde ein Ueberblick über die zur Entflechtung der Wirtschaft ergriffenen Maßnahmen gegeben. Bestimmungen über die Anwendung der Verfügung des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland wurden festgelegt, wonach verhindert werden soll, daß eine kleine Zahl von Personen über beträchtliche wirtschaftliche Machtmittel verfügt, mit denen sie den politischen Gang der Dinge in Deutschland beeinflussen könnte. Der Direktor für Industrieproduktion sprach über die hinsichtlich der Programmsetzung für die verschiedenen Fabriken und der Verteilung der Fertigungsbereitschaften angenommenen Maßnahmen zur Überwindung der Zentralisierung, die im Interesse der deutschen Länderregierungen gelegen sind. Er erläuterte ebenfalls die Gründe, aus welchen die Militärregierung für die Arbeiter gewisser Fabriken, die „Prioritätsbetriebe“ genannt werden, besondere Vorteile vorsehen mußte, ohne Zwangsanwendung ein Maximum von Arbeitskraft den Schlüsselindustrien zuzuführen, die für die wirtschaftliche Wiederbelebung der Zone von grundlegender Bedeutung sind. Es liegt in der Absicht der Militärregierung, diese Vorteile allmählich auf alle Arbeiter auszudehnen, sobald die Möglichkeiten zur ernährungs-technischem Gebiet dies zulassen. Es werden statt bisher 100.000 Arbeitern in Kürze 170.000 Arbeitern in den Genuß dieser bevorzugten Behandlung kommen.

Außenhandel:

Die Außenhandelszahlen für das erste Halbjahr 1947 sind folgende: Einfuhr (in Dollar) Lebensmittel 35 Millionen, Rohstoffe und industrielle Produktionsmittel 11 Millionen, Strom 4,5 Millionen, Dienstleistungen 3 Millionen, zusammen 54 Mill. Ausfuhr (in Dollar): Rohstoffe und Strom 17,5 Mill.

Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

FRANKFURT. Der bekannte Sänger Heinrich Schliussus wurde von der Spruchkammer entlastet.

BERLIN. 1800 Opfer des Faschismus protestierten gegen die Zerstörung des Gedenksteins in Berlin-Adlershof und forderten strengste Bestrafung der Verbrecher an den Denkmälern der Nazi-Opfer.

BERLIN. Der Demokratische Frauenbund hält am 3. und 4. Oktober im Haus des Kulturbundes seinen ersten Bundestag ab. Delegierte aus allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone werden erscheinen.

BERLIN. Die Braunkohlenförderung der sowjetischen Besatzungszone beträgt 80 Prozent und die Briketterzeugung 91 Prozent der Leistungen von 1936. Die Bevölkerung in den Industriezentren soll in diesem Winter 6 bis 8 Zentner Braunkohlen erhalten.

BRUNSCHWIG. Von der monatlichen Produktion des früheren Volkswagenwerkes soll die britische Besatzung noch 300 Wagen erhalten. 30 Prozent des Restes soll dem deutschen Bedarf und 70 Prozent dem Export zur Verfügung stehen.

DRESDEN. An die Stelle der Dienstverpflichtungen im sächsischen Erzbergbau soll die öffentliche Werbung gesetzt werden, wie auf einer Arbeitstagung der Landesämter für Arbeit und Sozialfürsorge in der Sowjetzone beschlossen wurde.

MÜNCHEN. Wegen Fragebogenfälschung verurteilt ein amerikanisches Militärgericht in Regensburg Dr. Johannes Priese, den Kommentator des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus, zu drei Jahren Zuchthaus.

LONDON. Weitere 20.000 Bergarbeiter faßten Streikbeschuß gegen die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlenproduktion.

PARIS. Nach einer Tass-Meldung weigert sich die spanische Regierung, Bonnard und Pietri, ehemalige Politiker der Vichy-Regierung, an Frankreich auszuliefern.

PRAG. Die tschechoslowakische Regierung hat Truppen gegen einen organisierten Verband von etwa 20.000 polnischen Terroristen und geflüchteten deutschen SS-Gefangenen eingesetzt.

WASHINGTON. Der Kommandant der amerikanischen Legion, der Organisation ehem. Kriegsteilnehmer, erklärte, Amerika müsse alles tun, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern.

LOS ANGELES. In Kalifornien wurde eine dritte politische Partei, die „Unabhängige fortschrittliche Partei Kaliforniens“ gegründet, die die Rechte und Freiheiten der Arbeiter vertreten will und Henry Wallace als Präsidentschaftskandidat aufstellte.

Schülerverhetzung

○ In welcher unverantwortlichen Weise junge Menschen heute politisch verhetzt werden, haben wir kürzlich in unserem Artikel „Politische Verhetzung von Schülern“ (U.T. 64) an einem praktischen Beispiel gezeigt. Das von uns hektographierte Flugblatt ist offenbar in allen Teilen Badens verbreitet worden. Mittlerweile machte uns ein Leser darauf aufmerksam, daß der Text des Flugblattes unter der Überschrift „Jugend der Kirche — Evangelium des Antichrist“ bereits früher in der „St. Ursula-Stimme“, Sonntagsblatt der katholischen Pfarrgemeinde Offenburg, in der Nr. 27 vom 6. Juli abgedruckt war.

Wir benutzen diese Gelegenheit, erneut auf den unhaltbaren Zustand hinzuweisen, daß die weit verbreiteten Kirchenblätter, die scheinbar Papier in Hülle und Fülle haben, sich unerträglich in politische Dinge einmischen, was zweifelsohne nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehört. Die Parteizettelungen, welche die ihnen zugewiesenen politischen Aufgaben nur sehr beschränkt wegen Papierknappheit durchführen können, sind dadurch stark benachteiligt, daß ungezählte kirchliche Blättchen in das politische Gebiet hineinschleichen. Daß das auf dem Niveau einseitiger Hetze und Verleumdung geschieht, ist eine Frage für sich. Was es für unheilvolle Wirkungen hat, zeigt der Nachdruck solcher Flugblätter, die keineswegs der sachlichen Aufklärung und Erziehung dienen, dafür jedoch dem Aufbau einer neuen Demokratie schaden.

Was das obengenannte Flugblatt betrifft, möchten wir einmal darauf aufmerksam machen, daß in Südbaden zurzeit eine Untergrundbewegung mit illegalen Flugblättern rege ist, die die nazistische Antibolschewistenhetze fortsetzen. Wir haben neulich schon auf den Skandal hingewiesen, daß solche hektographierten Flugblätter bis in die heiligen Räume des Landtags eindringen konnten (UT Nr. 61), indem dort das Pamphlet „Wenn der Krenl sagt „kehr“, machen sie alle kehrt“ an die Abgeordneten zur Verteilung kam. — Mehr Wachsamkeit ist notwendig!

Freiburg. (UT.) Die Badische Landesstelle für die Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus teilt in ihrem Halbjahresbericht mit, daß die Zahl der anerkannten Opfer in Südbaden jetzt 3473 beträgt, wovon 1297 zur 1. Gruppe der politischen Aktivisten und rassisch und religiös Verfolgten gehören. Zur Betreuung abgelehnt wurden 1929 Anträge. An erster Hilfe wurden in der Berichtszeit rund 176.000 Mk. gezahlt.

Postlagernde Sendungen

Freiburg. Die Oberpostdirektion teilt mit: Postsendungen mit dem Vermerk „Postlagernd“ sind nunmehr auch im Verkehr mit den übrigen Besatzungszonen Deutschlands zugelassen. Bedingung ist, daß die Sendungen Name, Wohnort und Wohnung des Absenders tragen.

Halbfertig- und Fertigfabrikate 2,5 Millionen, zusammen 46 Millionen. Der Leiter des Außenhandels hat eine Dezentralisierung und eine Erleichterung des Ein- und Ausfuhrverfahrens angekündigt. Das OPTICOMEX wird in jedem Land durch einen Bezirksdirektor vertreten sein, der mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet ist, und dem als deutsche Planungsbehörde ein Landesbeirat für Ausfuhrfragen, und ein Außenhandelsamt, als deutsches Exekutivorgan, zur Seite stehen. Außerdem wird jedes Land der französischen Besatzungszone nach Maßgabe der in seiner Ausfuhr erzielten Steigerung in den Genuß eines Dollar-Kredits kommen, der ihm die Möglichkeit verschaffen wird, alle ihm nützlich erscheinenden Produkte nach eigenem Ermessen zu erwerben.

Transportkrise
Der Direktor für öffentliche Arbeiten und Transportwesen erläuterte die zur Überwindung der Transportkrise eingeführten Maßnahmen, und zwar sowohl diejenigen, die aus der Zone selbst kommen (Einschränkung des Personenzugverkehrs, Verkürzung der Zeit des Waggon-Umlaufs, Priorität für die Eisenbahn-Reparaturwerkstätten, wie auch jene, die sich auf Auslandshilfe, besonders vonseiten Frankreichs, stützen (Gestellung von Waggons und Lokomotiven durch Frankreich, Reparaturen von Waggons und Lokomotiven im Ausland).

Die Wirtschaftsminister haben darum gebeten, daß ein bestimmter Prozentsatz der industriellen Erzeugung der Zivilbevölkerung zugeteilt wird (Textilwaren, Möbel, Schuhe, Haushaltsartikel usw.). Die Militärregierung hat ihnen von den augenblicklichen Verteilungsschritten Kenntnis gegeben und sie aufgefordert, genaue Vorschläge bezüglich der Zuteilungsmethoden und Prozentsätze einzureichen. Schließlich hat die Militärregierung die Minister darauf hingewiesen, daß es von zwingender Notwendigkeit ist, den Ausgleichs- und Schiedskommissionen sowie den Betriebsräten raschestens ihre juristische Grundlage zu verleihe bzw. ihre Einsetzung sicherzustellen.

Presse-Nachrichtendienste

Aufmerksame Leser fragen uns, was die Angaben vor den Pressemeldungen der Zeitungen bedeuten. Es sind die verschiedenen Pressekorrespondenzen, die die Zeitungen mit Material beliefern. In der französischen Zone sind es die SUDENA (Südwestdeutsche Nachrichtenagentur in B.-Baden) und der Pressediens KOSMOS in B.-Baden. In den anderen Zonen sind folgende Dienste im Gebrauch: DENA (Deutsche Nachrichtenagentur), DPD (Deutscher Pressediens), ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst), Reuter, UP (United Press), AP (Associated Press), TAES (Telegraphische Agenten Sowjetische Sojus), INS (International News Service), OANS (Overseas American News Service), RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor Berlin), VOA (Voice of America), CBS (Columbia Broadcasting System), NBC (National Broadcasting Company), BBC (British Broadcasting Corporation).

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP
Chefredakteur Dr. Karl Bittel (verreist)
i. V. Dr. Walter Kunze.

Redaktion: (47b) Offenburg, Metzgerstr. 1
Bei 1574 Felegamm Ad-esse Neulag (Offenburg) —
Verlag Südwest-Verlag-GmbH. (47b) Offenburg.
Hauptstr. 115. Postfach 86. Fernruf 7207. Fischzeit
mittwochs u freitags — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk.
einchl. Trägerlohn, d. Postbezugs zuzügli. Bestellgeld.
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg.

Ein Gestapo-Verbrechen bei Bühl

Acht französische „Geiseln“ ermordet und in den Rhein geworfen

Wie UNSER TAG bereits kurz berichtete, wurde der frühere SS-Sturmführer und Straßburger Gestapo-Dienststellenleiter Gehrum unlängst in Straßburg zum Tode verurteilt. Unter den zahlreichen Verbrechen, die Gehrum und den SS-Männern seiner Mordkommandos nachgewiesen wurden, nimmt einen besonderen Rang die vierfache Ermordung von acht unschuldigen französischen „Geiseln“ ein, die unweit von Bühl geschah. — Lassen wir die Tatsachen sprechen:

Am 17. Dezember 1943 hat die Sicherheitspolizei, Einsatzkommando III der Geheimen Staatspolizei in Straßburg, folgende französische Staatsbürger verhaftet und ins Amtsgefängnis Bühl eingeliefert: 1. Pader Raymond, Bankdirektor, 2. Rougeot Roger, 3. Roux François, Beamter, 4. Joblot Edgar, Präfekturbeamter, 5. Serrau, Jean, Beamter, 6. Mancel Joseph, Bankbeamter, 7. Robe François, Photograph, 8. Barnet Jean, Garagist.

Diesen acht französischen Staatsangehörigen konnte eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden. Bereits am 25. Juli 1944 hat das Reichskriegsgericht gegen den einen und am 11. September 1944 auch gegen die übrigen Beschuldigten den Haftbefehl wegen Spionageverdachts aufgehoben, das das Untersuchungsverfahren keine Anhaltspunkte für begangene Spionage erbracht hatte. Trotzdem wurden sie weiterhin in Gestapo-Haft festgehalten und nach fast einjähriger Haft am 29. November 1944 am Rhein bei Greffern ermordet.

Hören wir nun die Zeugen. Zuerst den Feuerwehrrundkommandanten in Bühl:

„Am 28. November 1944 wurde ich in meiner Eigenschaft als Feuerwehrrundkommandant durch die Fahrbereitschaft angerufen, daß ich am 29. November 1944, morgens 8 Uhr, vor dem Landratsamt mit dem Mannschaftswagen der Freiwilligen Feuerwehr zu erscheinen habe. Dort erhielt ich den Befehl, den Wagen in den Gefängnishof zu bringen, wo ich von einem SS-Offizier gefragt wurde, ob ich den Weg nach Greffern und das alte Zollhaus kenne. Ich bejahte die Frage und mußte den Wagen vor das Eingangsportalfahren.“

Nach kurzer Pause erschienen weitere 4 SS-Männer mit acht französischen Zivilisten, die im Wagen Platz nahmen. Der SS-Führer, setzte sich neben mich und befahl nach Greffern zu fahren. Vor dem Zollhaus in Greffern mußte ich halten, sämtliche Insassen blieben im Wagen, während der SS-Führer in das Zollgebäude ging, welches nach meiner Ansicht von Militär besetzt war. Der Rhein hatte an diesem Tag starkes Hochwasser, der Verkehr zur Brücke war nur mit einem Laufsteg möglich, ebenso war es kaltes stürmisches Wetter.

Nach etwa 20 Minuten erschien der SS-Führer und befahl, daß alles auszusteigen hätte. Während die französischen Zivilisten sich im Glied aufstellten, wurde mir befohlen den Wagen zu drehen und zwar in Richtung Greffern und mich beim Wagen aufzuhalten. Während die französischen Zivilisten unter Bewachung den Laufsteg passierten, bemerkte ich auf dem Rhein einige Motorboote, welche von Soldaten gesteuert wurden. Ich sah, wie die französischen Zivilisten mit ihrer Bewachung in die Boote stiegen und rheinabwärts fuhren.

Es dauerte drei Stunden, bis die SS-Leute wieder erschienen. Drei davon trugen einen Bündel, den sie im Wagen verstaute. Es wurde mir befohlen, nach Bühl in den Gefängnishof zurückzukehren. Bestimmt kann ich es nicht sagen, aber ich entnahm es aus den Umständen, daß in diesen Bündeln, die im Gefängnishof abgeladen wurden, die Kleider der acht französischen Zivilisten enthalten waren. Auf der Heimfahrt versuchte ich mich mit dem SS-Führer zu un-

terhalten. Er war aber sehr zurückhaltend. Auf meine Frage, wo die Männer geblieben wären, erhielt ich die kurze Antwort: „Wir haben ihnen die goldene Freiheit gegeben.“

Der Hilfsaufseher des Gefängnisses Bühl, von dem bewiesen ist, daß er die politischen Gefangenen mit menschlichem Verständnis behandelte, hat folgende Angaben gemacht:

„Am 28. November 1944 erschien abends ein SS-Obersturmführer von der Geheimen Staatspolizei Straßburg mit vier weiteren SS-Männern. Sämtliche SS-Leute haben in der Nacht im Gefängnis in Bühl geschlafen. Am frühen Morgen des 29. November 1944 wurde ich von einem Gefangenen darüber unterrichtet, daß die SS-Männer gesehen wurden, wie sie ihre Maschinenpistolen scharf geladen haben. Bald darauf wurden die acht französischen Gefangenen aufgeführt, ihre Koffer zu packen und sich abmarschbereit zu halten. Sie waren noch ahnungslos und hofften auf Freilassung. Als sie jedoch vor dem Gefängnistor die SS-Leute erblickten, sind sie auffallend erschrocken.“

Sie wurden dann um 8 Uhr morgens mit dem Feuerwehrrundwagen mit unbestimmtem Ziel abgefahren. Als das Auto wieder zurückkam, fiel mir auf, daß die Kleidungsstücke der Inhaftierten in Bündeln zurückgebracht wurden. Ich habe die Kleidungsstücke als diejenigen erkannt, die die Inhaftierten beim Abtransport getragen haben. Die wertvollen Gegenstände behielten die SS-Leute und der Rest wurde an das Winterhilfswerk abgegeben. Nun hatte ich keinen Zweifel mehr, daß in der Zwischenzeit eine Exekution stattgefunden hatte.“

Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß die acht Franzosen in die Boote verladen, an einer abgelegenen Stelle des Rheines gelandet, nackt ausgezogen und an Ort und Stelle erschossen und die Leichen in den Rhein geworfen wurden. Als Führer des Mordkommandos wurde der SS-Sturmführer Julius Gehrum ermittelt, ein früherer bad. Gendarmeriebeamter, der später Gestapodienststellenleiter in Straßburg wurde. Bald darauf berichtete ein Beamter des Amts-

gerichts Kehl, die Gestapo habe ihm um die gleiche Zeit die Anweisung gegeben, die Gerichte sollen sich bei Auffindung nackter Leichen um die Identifizierung nicht bemühen und die Leichen einfach beiseite schaffen. Daraufhin konnten die gleichen abscheulichen Verbrechen auch in anderen Gerichtsbezirken der Rheingegend aufgedeckt werden. So hat dasselbe Mordkommando Gehrum in Kehl 10 Franzosen, in Rastatt 12, in Freiburg 4, in Rammersweier 4 und in Pforzheim 25 Franzosen in gleich schändlicher Weise hingerichtet. Im Wald von Offenburg hat Gehrum 4 Franzosen erschossen und die Leichen in einem Bombentrichter verscharrt lassen.

Wenn wir durch diesen Bericht die deutschen Zeugen aufgerufen haben, selbst Zeugnis zu geben, von dem, was gewesen ist, so bestimmt nicht in dem Sinne, daß sie ihr Nest beschützen, sondern indem sie helfen, es zu reinigen. Berichte aus den Konzentrationslagern erwecken nur allzu oft ungläubiges Kopfschütteln, sie werden kaum zu einer Sache des Verstandes, geschweige denn zum Gegenstand aufwühlenden Empfindens. Viele aber unter uns wollen sich gar nicht besinnen. Sie möchten weiterleben, als ob nichts geschehen sei. Sie haben sogar den traurigen Mut, uns zu fragen: „Weshalb willst Du denn das eigene Nest beschmutzen?“ Wer aber hat denn das eigene Nest beschmutzt? — Nicht etwa gerade der, welcher duldet, daß unser Land ein Trümmerhaufen und ein Mord- und Leichenfeld wurde? Nicht etwa gerade der, welcher heute noch über diesen Unrat von Lüge, Pestilenz, Betrug, Wahn und Mord einen Teppich des Schweigens legen möchte?

Nur wenn wir alles Finstere der Vergangenheit mitleidslos vertreiben, alle Schuld an unserer Not schonungslos aufdecken und die Reste der modriggigigen und mit Blutgeruch behafteten Lüge aus unserem Volke hinausfegen und die frische Luft einer kühlen Selbsterkenntnis hineinlassen, können wir das Vertrauen der Welt wiedergewinnen. F.

Unternehmer verweigern Mitbestimmung

Versuch der Rechtsbeugung — Wirtschaftsrat soll helfen

Es ist nichts Neues, daß die reaktionären Arbeitgeber eine solidarische Gemeinschaft im Abwehrkampf gegen die fortschrittlichen demokratischen Rechte des werktätigen Volkes bilden. Das stellt neuerdings wieder die Landesgemeinschaft der Arbeitgeber in Hessen unter Beweis. Dieser Unternehmerverband verweigert unerbittlich der Arbeitnehmerschaft das Recht der Mitbestimmung im Betrieb. Er erhob entschiedenen Einspruch gegen den Regierungsentwurf zur Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte nach Art. 37 der hessischen Verfassung und erklärte, ein Mitbestimmungsrecht sei nach den geltenden Rechtsvorschriften in jeder Hinsicht ausgeschlossen. Art. 37 lautet: „Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.“ Gleichberechtigung und Mitbestimmung sind auch in allen anderen süddeutschen Länderverfassungen verankert. Die Arbeitgeber erklären, das Mitbestimmungsrecht widerspreche dem Kontrollratsgesetz Nr. 22, das den Betriebsräten nur bestimmte Aufgaben zugewiesen habe. Tatsache ist, daß das Kontrollratsgesetz eine bestimmte Anzahl besonders wichtiger Aufgaben hervorhebt, aber in Artikel 5 Abs. 2 bestimmt, daß die Betriebsräte im übrigen ihre Aufgaben und die Art ihrer Durchfüh-

rung selbst zu bestimmen haben. Dieses den Betriebsräten erteilte Recht wird durch die Betriebsvereinbarungen verwirklicht.

Weiter greift der Arbeitgeberverband die durch den Willen des Volkes zustande gekommene hessische Verfassung an, die Landesrecht sei, das durch Reichsrecht (— womit das Kontrollratsgesetz gemeint ist —) gebrochen würde, zumal wenn es nicht im Einklang mit diesem übergeordneten Recht stünde. Es ist hier nicht der Platz, sich mit der Anwendbarkeit rechtlicher Theorien eines vergangenen Staats- und Rechtszustandes auf die heutigen Verhältnisse auseinanderzusetzen. Eines sei aber eindeutig festgestellt: Die hessische Verfassung ist, ebenso wie die Verfassungen der anderen süddeutschen Länder, von der Militärregierung sanktioniert worden. Die Landesgemeinschaft der Arbeitgeber in Hessen hat sich somit als erste deutsche Organisation angemaßt, die Militärregierung des Rechtsbruchs zu bezichtigen. Wie stark muß man sich fühlen, daß man glaubt, sich einen derartigen Angriff erlauben zu dürfen!

Aber noch etwas Zweites kommt dabei sonnenklar zum Ausdruck. Der Arbeitgeberverband beruft sich darauf, daß der Wirtschaftsrat als oberstes bizonales Gesetzgebungsorgan der Wirtschaft alsbald ein einheitliches Betriebsrätegesetz für die Doppelzone schaffen würde, sodaß es überflüssig sei, sich in den Länderparlamenten mit dem Erlaß von besonderen Betriebsrätegesetzen zu befassen. Man hofft also, daß die reaktionären Kräfte im Wirtschaftsrat ein unternehmerfreundliches Betriebsrätegesetz herausbringen werden, und man hätte in diesem Fall natürlich keine Bedenken, die eben erst getadelte Praxis eines „Bruchs des Reichsrechts“ als durchaus legal hinzunehmen, wenn es sich um die Rettung der „Herr im Hause“-Interessen der Kapitalisten handelt. Liebäugelt man doch mit der Schaffung eines souveränen westdeutschen Rumpfstaats, in dem die Rechtsmehrmehrheit die kapitalistische Klassenherrschaft sichern würde und in dem der Kontrollrat keine Befugnisse mehr hätte. Hier sind nicht nur Arbeiterfeinde, sondern Feinde der wirtschaftlichen und politischen Einheit des werktätigen deutschen Volkes am Werk.

Das ist das Gesicht der solidarischen deutschen Kapitalistenklasse! Was sich in Hessen abspielte, ist morgen in Baden, Württemberg, Bayern und in allen übrigen westdeutschen Ländern zu erwarten. Darum muß unsere Arbeiterschaft an solchen Beispielen die Praktiken der kapitalistischen Klassengegner genau kennen lernen. Der vom Badischen Gewerkschaftsbund ausgearbeitete Betriebsrätegesetzentwurf ist außerordentlich fortschrittlich. Die Arbeiterschaft in Südbaden muß sich darüber klar sein, daß auch dieser Gesetzentwurf auf Betreiben der kapitalistischen Hintermänner im Landtag auf entschiedenen Widerstand stoßen wird. Darum heißt es wachsam sein, und mit allen Kräften die überparteiliche Gewerkschaftseinheit gegen jeden Spaltungsversuch zu schützen, gleichgültig von welcher Seite er kommen mag. Die Arbeiterklasse muß wissen, daß jede Spaltungstendenz von arbeiterfeindlicher Seite inspiriert wird, und zu nichts anderem dienen soll als zur Enttäuschung des werktätigen Volkes.

Dr. A. H.

Gewerkschaftsbund bei Gouverneur Pène

Freiburg. Gouverneur Pène empfing Vertreter des Badischen Gewerkschaftsbundes zu einer Aussprache über alle aktuellen Fragen, wobei sich der Gouverneur besonders für die in der Arbeiterschaft herrschende Stimmung interessierte. Es kam zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft die heutigen Schwierigkeiten in der Ernährung, in der Gebrauchsgüterversorgung und im ganzen wirtschaftlichen Wiederaufbau als nahezu hoffnungslos ansehe. Insbesondere wurde auf den Mangel an Arbeitsschuhen und -Kleidung und in den Fett-, Zucker-, Kartoffel- und Brennstoffzuteilungen hingewiesen.

In seiner Erwiderung erklärte Gouverneur Pène, daß die Militärregierung alles tun würde, um die Lage der deutschen Bevölkerung auf allen Gebieten zu erleichtern. Dabei hoffe er auf die volle Unterstützung der Gewerkschaften. Zur Verzweiflung sei kein Anlaß.

Blick in die Wirtschaft

Maßnahmen zur Ernährungssicherung

Freiburg. Das Ernährungsministerium teilt mit, daß die Schweinehaltung in Baden im Hinblick auf die angespannte Lage in der Getreide- und Kartoffelversorgung um 30 000 Schweine verringert werden müsse, da die Schweinemastung der menschlichen Ernährung wichtigste Nahrungsmittel entziehe. Wenn die Mastung eines Zweizehnerschweines 20 Zentner Kartoffel verbrauche, dann seien unter den heutigen Verhältnissen diese 20 Zentner für die menschliche Ernährung wichtiger, als die damit erzielten 1,5 Zentner Schweinefleisch. Damit würden rund 520 000 Zentner Kartoffel eingespart. Die für die Selbstversorgung der Bauern und für die Zucht nötigen Schweine seien gesichert. Aus den dargelegten Gründen würde die Bevölkerung in den Monaten September und Oktober ausschließlich Schweinefleisch und Kalbfleisch erhalten.

Arbeitgeber gegen Belegschaft

Villingen. Die Belegschaft der Firma Schwarzwälder Feinmechanik, Wilhelm Huber, war in einen einstündigen Proteststreik getreten, weil die Arbeiter unter den gegebenen Ernährungs- und Versorgungsbedingungen in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein würden, ihrer Arbeit im Werk nachzukommen. In einer Resolution wurden die unzureichenden Maßnahmen der badischen Behörden scharf kritisiert. Die Betriebsleitung war aber scheinbar anderer Ansicht. Ihre Antwort an die Arbeiter war die Forderung auf Nachleistung der ausgefallenen Arbeitsstunden. Die Belegschaft lehnte diese Forderung ab, und verzichtete lieber auf die Bezahlung, als sich dem Diktat des Arbeitgebers zu beugen.

Dollarabwertung?

Newyork. (Nach Südena). Im Hinblick auf die Ueberproduktionskrise, welche der amerikanischen Wirtschaft droht, ist es von Interesse, daß sich die „Newyork Times“ in einem Leitartikel mit der Möglichkeit einer Dollarabwertung befaßt. Nach den Bestimmungen des internationalen Währungsfonds könnten derartige Abwertungen aber nur im Falle grundlegender Störungen des Gleichgewichts der Währung erfolgen. Da die USA ihren Export aus den erwähnten Ueberproduktionsgründen außerordentlich forcieren, kann von einer derartigen Störung heute noch nicht die Rede sein. Immerhin läßt es interessante Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse zu, daß sich Finanzkreise der USA trotzdem schon jetzt mit den der Exportförderung dienenden Währungsfragen befassen, welche eine Ausweitung des amerikanischen Absatzes und des wirtschaftlichen Einflusses der USA auf die Märkte valutaschwacher Ländern bedeuten können.

Kurzberichte

Salzburg. (Nach Südena). Eine Betriebsrätekonferenz des Pinzgau beschloß den Generalstreik, um ihre Forderungen auf ausreichende Ernährung, Kontrolle der Geschäftsleute durch die Arbeiterschaft und pflichtgemäße Ablieferungspflicht der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchzusetzen.

Berlin. Zur Förderung des Warenaustausches zwischen der Bizone und der sowjetischen Besatzungszone wurde von den zuständigen deutschen Wirtschaftsverwaltungen die Bildung von Ausschüssen vereinbart, deren Aufgabe die Regelung der beiderseitigen Bezugswünsche, Liefermöglichkeiten und Austauschprogramme ist.

Salzburg. Die österreichischen Wasserkraftwerke sollen in großzügiger Weise ausgebaut werden, sodaß bis 1950 jährlich 5 Milliarden kWh, bis 1958 15 Milliarden kWh und bis 1970 31 Milliarden kWh erzeugt würden.

Berlin. Wie die zuständige britische Stelle mitteilt, ist ein Erzeugungsplan für die Möbelindustrie in der britischen Zone ausgearbeitet worden, wonach von der Gesamtproduktion 13 Prozent exportiert werden sollen. 19 Prozent für die Besatzungsmacht und 68 Prozent für den zivilen deutschen Verbrauch vorgesehen sind.

Berlin (Südena). Die Leika-Werke in Wetzlar produzieren bei einer Belegschaft von 80 Prozent des Vorkriegsstandes monatlich wieder rund 2400 Leikas und Rolleflex. Dies sind 60 Prozent der Vorkriegserzeugung. Davon übernahm bisher die US-Armee 60 bis 70 Prozent. In deutscher Währung werden dafür 458 bzw. 348 Mark bezahlt. In Newyork werden Leikas zu 392 Dollar und Rolleflex zu 300 Dollar gehandelt.

Sigmaringen. Als die neue berufsständische Vertretung der Bauernschaft wurde hier die Gründung des Verbandes der Bauernvereine Südwürttemberg-Hohenzollern mit dem Sitz in Sigmaringen beschlossen.

Verheerende Schäden der langen Trockenheit

Fahrt durch die Dürregebiete Südbadens — Ein harter Winter steht bevor

Wie bereits kurz berichtet, hatten Pressevertreter Gelegenheit, die von der Trockenheit am meisten betroffenen Gebiete des Landes Baden zu besichtigen.

Während in den Gegenden um Freiburg, Neustadt, Lahr das Wetter eine einigermaßen günstige Wachstumsentwicklung zuließ, hat die Dürre im Kreis Müllheim verheerende Schäden angerichtet. Verbrannte oder zumindest hochgradig ausgedörrte Wiesennarben, kurzhalbiges Getreide mit oft taubem Ansatz, niedriger Mais, Kohl mit welken Blättern, verschrumpfte Hackfrucht sind die Folgen. Besonders die Gemeinden Neuenburg und Bremgarten, in denen es seit Mal nicht einmal regnete, sind überaus schwer betroffen. Das Absinken des Grundwasserstandes infolge der Rheinregulierung und die Auswirkung der vier Trockenjahre führten im landwirtschaftlichen Rheinvorland an manchen Stellen zu deutlichen Versteppungserscheinungen. Die Bauern dieser Gegend sind gezwungen, die „Goldähre“ als Futtermittel zu verwenden. Damit dürfte eine auch nur einigermaßen gute Milchgewinnung nicht mehr in Frage kommen.

Im Kreis Waldshut sind seit viereinhalb Monaten keine Niederschläge mehr zu verzeichnen. Waldkirch, Waldshut und Albruck weisen die größten Trockenheitsschäden auf. Die Bauern sind zu überaus großen Viehnotverkäufen gezwungen. So mußten bisher 1500 Stück Vieh verkauft werden. Selbst wenn noch 3–4000 Stück Vieh verkauft werden, werden bei starker Verwendung von Winterstroh immer noch 15 000 to Raufutter fehlen. Die übrigbleibenden 9–10 000 Stück

Vieh werden nicht durchgefüttert, sondern durchgehungert werden müssen. Es wird daher eine Unterbringung von Vieh in günstigeren Gebieten des Landes erwogen. Denn schon in normalen Zeiten haben Heu, Stroh und Hafer durch Zukäufe gestreckt werden müssen. Beim Getreide wurde besonders der Hafer betroffen. Dann Gerste, Weizen und Roggen. Während die Heuernte einen Ausfall von 60 Prozent aufweist, ist der zweite Schnitt vollkommen versengt, so daß bis zum Herbst bereits 35 Prozent verfüttert sein werden.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß dieses fünfte und schwerste Trockenjahr nicht nur auf die Ernährungslage dieses Kreises, sondern auf die des ganzen Landes Baden spürbare Folgen haben wird. Die Auswirkungen dieser Dürre auf die Ernte des nächsten Jahres können nur durch einen sehr feuchten Winter abgeschwächt werden. Der kommende Winter wird daher die Probleme unserer Ernährung noch schwieriger gestalten als der vergangene. Wir können nicht den von Staatspräsident Wohleb anlässlich seiner Besuche in einigen badischen Städten bekundeten Optimismus teilen, sondern sind der Ansicht, daß es Pflicht der Behörden wäre, schon jetzt die Bevölkerung Südbadens mit den harten, aber wirklichen Tatsachen bekannt zu machen. Die badischen Landwirte werden vielfach dem streng angelegten aber notwendigen Ablieferungsoll nicht voll nachkommen können. Es wird Pflicht der Erfassungorgane sein, all diese unvorhergesehenen Umstände in Berechnung zu ziehen, ohne jedoch in das Gegenteil zu verfallen.

